

Medienmitteilung

Abstimmung zur Steuergesetzrevision 2019: Eine verpasste Chance mit negativen Folgen

Bern, 25. November 2018. **Das breit abgestützte Komitee aller bürgerlichen und liberalen Parteien sowie zahlreicher Organisationen der Wirtschaft ist enttäuscht über das NEIN des Volkes zur Steuergesetzrevision 2019. Damit wird die Chance verpasst, den Rückstand des Kantons Bern gegenüber anderen Kantonen zu reduzieren und die wirtschaftlichen Standortbedingungen zu verbessern.**

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben mit ihrem Votum am heutigen Sonntag einen für den Kanton Bern folgenschweren Entscheid gefällt. Mit diesem Verdikt wird der Kanton Bern nun punkto Unternehmenssteuern nach hinten durchgereicht und schweizweit als wirtschaftsfremd oder gar wirtschaftsfeindlich wahrgenommen.

Die Gegner sind jetzt gefordert realistische Rezepte zu präsentieren, um den Kanton weiterzubringen. Kampagnen mit schwarzen Löchern dürften jedenfalls kaum dazu beitragen, den Kanton langfristig vom Tropf des nationalen Finanzausgleichs zu befreien.

Im Zuge der kantonalen Umsetzung der Steuervorlage des Bundes (STAF) per 2021 wird sich erneut die Möglichkeit eröffnen, das Verpasste quasi nachzuholen. Dannzumal wird die Neuschätzung der amtlichen Werte dem Kanton (über die Vermögenssteuern rund 34 Mio. Franken) und vor allem den Gemeinden (über die Vermögens- und Liegenschaftssteuern insgesamt mindestens 81 Mio. Franken) zusätzliches Geld in die Kasse gespült haben. Ausserdem wird der Kanton Bern unter dem Titel «Erhöhung des Kantonsanteils an der direkten Bundessteuer» zusätzliche Mittel in der Grössenordnung von gut 40 Mio. Franken erhalten; letzteres setzt allerdings die Annahme der STAF durch das Schweizervolk (im Falle eines Referendums) voraus. Sämtliche dieser Mehreinnahmen sind den Steuerzahlenden zurückzugeben.

Auskünfte erteilen:

Madeleine Amstutz, Grossrätin SVP, N. 079 515 69 70 / Katharina Baumann, Grossrätin EDU, N. 079 781 54 61 /

Adrian Haas, Grossrat FDP, N. 079 717 24 24 / Michael Köpfli, Grossrat GLP, N. 079 743 30 89 /

Anita Luginbühl, Grossrätin BDP, N. 078 756 02 52

